

## **Beschluss des 112. Landesparteitags vom 5. September 2020**

### **Leben mit der Pandemie – Vordringliche Maßnahmen**

Das Infektionsgeschehen in Deutschland und auch in Hamburg lässt darauf schließen, dass die COVID-19-Krise noch nicht überwunden ist und weiterhin die Durchführung und Beachtung von Hygienemaßnahmen erforderlich sind. Das Leben mit der Pandemie wirkt sich in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen, im Bildungswesen, in der Wirtschaft und auch auf Freizeitaktivitäten im öffentlichen Raum aus.

Zu Beginn der Krise wurden parteiübergreifend weitreichende Verordnungen beschlossen, die die Bürgerrechte beschränkten und trotz umfangreicher Hilfen die größte Wirtschaftskrise der deutschen Nachkriegsgeschichte auslösten, deren Umfang und Folgen noch nicht absehbar sind. Alle erlassenen Verordnungen müssen auf der Basis der Erfahrungen mit dem Verlauf der Pandemie regelmäßig auf den Prüfstand. Ggf. sind neue Maßnahmen zielgerichtet zu ergreifen. Unser Maßstab, an dem wir alle bisherigen und zukünftigen Maßnahmen messen, ist deren Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit.

Wir Hamburger Freie Demokraten vertreten dabei unsere Politik in den Parlamenten auf der Basis unserer politischen Programme zu den Wahlen zum Bundestag, zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen.

Folgende Maßnahmen zum Umgang mit der Pandemie sind vordringlich:

#### **1. Familien unterstützen und entlasten**

Die Corona-Krise wurde vor allem auf dem Rücken der Familien ausgetragen und war von monatelangen Kita- und Schulschließungen, gleichzeitigem Fernunterricht und Homeoffice, plötzlich eintretender Arbeitslosigkeit sowie durch fehlende Unterstützung studierender Eltern und Alleinerziehender geprägt.

Besonders in Krisenzeiten muss die Kinderbetreuung auf dem höchstmöglichen Niveau und in vollem Umfang sichergestellt sein; ein erneuter Lockdown auf dem Rücken der Familien ist nicht hinnehmbar. Für alle Beschäftigten im Schichtbetrieb brauchen wir 24h-Kitas, die die Kinder auch über Nacht betreuen können. Dies entlastet viele Beschäftigte in den sog. systemrelevanten Berufen.

Homeoffice und gleichzeitiger Fernunterricht sind kaum vereinbar. Wer arbeitet, kann gleichzeitig keine zusätzliche Belastung durch unbezahlte Care-Arbeit tragen. Besonders für Eltern kann das Arbeiten im Homeoffice eine Entlastung bringen. Dies erfordert jedoch klare Rahmenbedingungen im Hinblick auf Arbeitszeiterfassung, Versicherungsschutz, Arbeitsschutz, Datenschutz und Steuerrecht.

#### **2. Pandemiefester Schulunterricht**

Es ist davon auszugehen, dass neben dem unverzichtbaren Präsenzunterricht in den Schulen unter den Bedingungen von Hygieneschutzkonzepten auch der digital gestützte Fernunterricht im häuslichen Umfeld erforderlich sein wird. Um die Schulen dafür auszustatten, sind die schnelle Umsetzung bestehender Investitionen in digitale Technik sowie die Fortführung in einem Digitalkonzept 2.0 erforderlich.

Die FDP-Bundestagsfraktion hat ein umfassendes Konzept für die Modernisierung der Schulen vorgelegt. Es umfasst die Entwicklung digitaler Unterrichtsmaterialien, die Fortbildung des Lehrpersonals, die Unterstützung der Schulen durch IT-Fachpersonal und

die Bereitstellung von WLAN-Netzen und Endgeräten für Lehrer und Schüler. Die Bundesregierung und die Länder müssen für die Umsetzung enger, verlässlicher und vor allem schneller zusammenarbeiten. Die Schulen benötigen Managementunterstützung zur Erschließung von Fördermitteln und Entwicklung digitaler Unterrichtskonzepte.

Eine Sammlung und Aufbereitung der bisher erfolgreich angewandten Modelle des digital gestützten Unterrichts und des Fernunterrichts wäre eine enorme Unterstützung für alle Hamburger Schulen in der Krise, liegt aber bislang nicht vor. Diesem Versäumnis muss dringend abgeholfen werden. Die Auswirkungen einzelner Faktoren des Fernunterrichts auf den Lernerfolg, wie z.B. die häusliche Infrastruktur, der Ausbildungsstand der Lehrkräfte oder die Entwicklung von Lernplattformen und Lernsoftware müssen wissenschaftlich begleitet werden.

In den jungen Schuljahrgängen lässt sich ein Ausfall des Präsenzunterrichts nicht allein digital kompensieren. Neben geeigneter Online-Unterstützung muss auch auf klassische Mittel des Fernunterrichts zurückgegriffen werden. Erforderlich sind daher auch Konzepte zur Erstellung von Unterrichtsmaterialien auf Papier, zum Versand und zum Rücklauf.

Beim Präsenzunterricht muss nicht nur die Hygiene in den Schulen selbst gewährleistet werden, sondern auch ein risikofreier Schulweg. Überfüllte Schulbusse oder ein Gedränge an Haltestellen vor den Schulen darf es nicht geben.

### **3. Berufsausbildung mit Zukunft**

Nach der aktuellen Ausbildungsstatistik besteht Handlungsbedarf, damit jeder ausbildungsfähige Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhält. Hierfür sind die Hamburger Betriebe mit einer Ausbildungsprämie durch den Senat zu unterstützen, damit Ausbildungsplätze nicht Corona-bedingten betrieblichen Sparmaßnahmen zum Opfer fallen und dadurch die Ausbildung von dringend erforderlichen Fachkräften gefährdet wird.

Diese Maßnahme hat Vorrang vor stillen öffentlichen Beteiligungen an mittelständischen Betrieben.

### **4. Wissenschaft und Forschung fördern**

Die Hamburger Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen bedürfen im Rahmen weiterer Exzellenzinitiativen einer gezielten Unterstützung zur weiteren Erforschung des Entstehens und der Bekämpfung von Pandemien. Wir Freie Demokraten unterstützen die Anstrengungen der Universität Hamburg, im Bereich der Infektionsforschung in der nächsten Förderrunde den Exzellenz-Status zu erhalten.

Hamburgs Hochschulen benötigen neue digitale Konzepte in den Bereichen Lehre und Forschung. Schon heute wird in der Forschung viel auf internationaler Ebene kooperiert. Wir möchten die notwendigen Kommunikationstools ausbauen und digitale Forschungsplattformen zur Verfügung stellen. Es muss gewährleistet sein, dass auch während einer Pandemie möglichst viele Forschungsprojekte weiterbetrieben werden können.

In der Lehre müssen Plattformen wie die Hamburg Open Online University ausgebaut und flächendeckend verfügbar gemacht werden. Zudem muss geprüft werden, unter welchen Voraussetzungen auch Prüfungen digital abgehalten werden können. Es muss in jedem Fall gewährleistet werden, dass die Lehre an den Hochschulen im Wintersemester vollumfänglich durchgeführt wird, ob vor Ort mit den notwendigen Hygienemaßnahmen oder digital mit den notwendigen Tools.

Corona darf nicht der Grund dafür sein, dass Studierende ihr Studium abbrechen müssen. Schnelle und unkomplizierte finanzielle Hilfen sollte in Form von Zuschüssen für bedürftige Studierende auf Antrag bereitgestellt werden.

Eine Ausweitung von Studienberatung und -unterstützung an den Hochschulen und auf Ämtern (z.B. BAföG-Amt) muss unter besonderen Auflagen möglich sein. Besondere Studienformate wie Exkursionen oder Praktika müssen flexibel und unbürokratisch nachgeholt oder durch Ersatzleistungen substituiert werden können.

Auf Antrag sollten das verlorene Sommersemester 2020 und ggfs. auch das Wintersemester 2020/21 nicht auf die Regelstudienzeit angerechnet werden.

## **5. Öffentliches Gesundheitswesen ausbauen und medizinische Versorgung stärken**

Die Bekämpfung der Pandemie ist eine vordringliche Aufgabe des öffentlichen Gesundheitswesens. Die vor Ort verantwortlichen Bezirksämter sind hierfür mit ausreichend Personal, einer Bevorratung von Schutzkleidung, moderner Technik und einer guten Organisation auszustatten, damit nicht auszuschließenden weiteren Wellen der Pandemie zeitnah und angemessen begegnet werden kann.

Sechs von sieben der COVID-19-Infizierten wurden ambulant versorgt. Diese Leistung ist ein wesentlicher Baustein dafür, dass Deutschland bisher vergleichsweise gut mit der Pandemie fertig geworden ist. Auf diese Weise wurden die Krankenhäuser entlastet. Hamburg muss sich dafür einsetzen, dass Ärzte, Pflegedienste etc. von Bürokratie entlastet und ihre Leistungen vollständig vergütet werden.

Hamburg muss die Krankenhäuser dadurch stärken, dass die städtischen Krankenhausinvestitionsmittel erhöht und gezielt auf die Versorgung in Pandemien und die Behandlung von Folgeerkrankungen ausgerichtet werden.

Die Überwachung von Rückkehrern aus Risikogebieten muss verbessert werden. Es muss sichergestellt sein, dass die Pflichten zur Testung und zur Quarantäne eingehalten werden. Es ist zumutbar, dass Urlauber, die wissentlich in Risikogebiete gereist sind, die Kosten für die Tests selbst tragen. Dafür müssen die Tests für Menschen, die im Gesundheits- und Pflegebereich arbeiten, künftig kostenlos sein.

## **6. Soziale Arbeit auch in Krisenzeiten sicherstellen**

Gerade die Sozialarbeit ist in der Pandemie besonders wichtig. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sollten bestens ausgestattet werden. Hausbesuche zur Unterstützung von Familien und Hilfsbedürftigen müssen auch unter Pandemiebedingungen durchführbar sein. Ebenso muss der Zugang alternativ digital ermöglicht werden, sofern alle Beteiligten über die technischen Möglichkeiten verfügen. Eine technische Ausstattung (z.B. Smartphone) zur Kommunikation muss für die Sozialarbeiter gewährleistet sein.

## **7. Arbeit krisenfest gestalten**

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie stellen den Arbeitsmarkt vor enorme Herausforderungen. Neben dem Hotel- und Gaststättengewerbe, der Reisebranche und dem Kulturbereich ist die Corona-Krise insbesondere für kleine Einzelhandelsunternehmen problematisch.

Insbesondere geringfügig Beschäftigte und Soloselbstständige sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit befristeten Verträgen sind stark von Arbeitslosigkeit bedroht. Ein Umdenken und Setzen der richtigen Prioritäten sind jetzt essentiell. Wir setzen unter anderem auf Homeoffice, Digitalisierung und moderne Konzepte im sozialen Bereich.

## **8. Einzelhandel, Beherbergungsbetriebe, Gastronomie und Schausteller unterstützen**

Zur zeitlichen Entzerrung der Nachfrage kann eine Ausweitung der Öffnungszeiten beitragen. Wir Freie Demokraten schlagen deshalb zusätzliche verkaufsoffene Sonntage zunächst bis zum Jahresende vor. Die Vergabe der Zeiten kann durch die Bezirksämter nach örtlichen Gegebenheiten erfolgen.

Dem gastronomischen Gewerbe soll durch die unbürokratische Genehmigung nach gleichen Kriterien in allen Bezirken von Außenflächen geholfen werden, damit sie mehr Gäste bewirten können. Die Bezirksämter sollen den Schaustellern vermehrt und unbürokratisch Flächen für den Betrieb ihrer Fahrgeschäfte und für das kulinarische Angebot zur Verfügung stellen.

## 9. Kunst und Kultur fördern

Die Hamburger Kulturszene leidet massiv unter der Corona-Pandemie und viele Künstlerinnen und Künstler sind verzweifelt über die Entwicklung ihrer Zukunft. Die Bundesregierung und der Hamburger Senat haben umfangreiche Hilfsmaßnahmen eingeleitet, um die wegfallenden Einnahmen zu überbrücken. Noch viel wichtiger ist aus liberaler Sicht die Unterstützung der Kulturschaffenden bei der Entwicklung neuer kreativer Geschäftsmodelle, z.B. durch Verkauf von Tickets für digitale Präsentationen und virtuelle Ausstellungen und Aufführungen.

Wir brauchen ein buntes, vielschichtiges Kulturangebot auch in Krisenzeiten zur Bewältigung und Auseinandersetzung mit allen Veränderungen, wie auch die Freude am kulturellen Erlebnis. Hier sind auch die öffentlichen Rundfunkanstalten gefordert.

Den Senat fordern wir auf, sich mit dem NDR zu beraten, wie dieser die Aufführungen von privaten Theatern, Orchestern und Musikgruppen aus der norddeutschen Region in seine Fernseh- und Hörfunk-Programme aufnehmen und damit helfen kann, dass jene die Krise überleben.

Die Einnahmen aus der Kultur- und Tourismusabgabe sollten jetzt zur Überwindung der wirtschaftlichen Pandemiefolgen vorrangig zur Ankurbelung des Kultur- und Freizeittourismus nach Hamburg eingesetzt werden.

## 10. Öffentliche Finanzen – Alle Ausgaben auf den Prüfstand

Bedingt durch die Bürgerschaftswahl und die anschließende Regierungsbildung finden die Beratungen zur Aufstellung des Doppelhaushalts 2021/2022 erst ab Oktober statt. Sie werden sich bis zum abschließenden Bürgerschaftsbeschluss im Juni 2021 erstrecken. Dieser verzögerte Ablauf bietet Senat und Bürgerschaft sowie den Bezirksversammlungen die Gelegenheit, alle rot-grünen Regierungsversprechen des Koalitionsvertrags auf den Prüfstand zu stellen und ihre Finanzierbarkeit zu prüfen.

Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie erst im kommenden Jahr in ihrer ganzen Tragweite sichtbar werden: mit steigenden Insolvenzen, zunehmenden Arbeitsplatzverlusten und sinkenden Steuereinnahmen. Die Finanz- und Haushaltspolitik steht damit vor großen Herausforderungen. Es gilt, bei der Belastung der Bürger, der Selbständigen und der Unternehmen maßzuhalten. Gleichzeitig muss der Staat die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie abfedern.

Wir Hamburger Freie Demokraten fordern:

- im Rahmen eines Hamburger Konjunkturprogramms die Senkung des Hebesatzes der Gewerbesteuer auf das durchschnittliche Niveau in der Metropolregion,
- Priorität für Substanzerhalt und Modernisierung der vorhandenen öffentlichen Infrastruktur,
- den vollständigen Verzicht auf Steuer- und Gebührenerhöhungen in Hamburg,
- die Vermeidung großer Verwerfungen im Zuge der Grundsteuerreform, auf der Basis des wertunabhängigen Flächenmodells ohne Hinzurechnung kalkulatorischer Erträge,
- die Überprüfung aller Ausgaben im Hinblick auf ihre Dringlichkeit, um die Neuverschuldung in Grenzen zu halten,
- einen deutlich ambitionierteren Tilgungsplan als von Rot-Grün geplant, der mit der Tilgung bereits 2023 beginnt und die notsituationsbedingten Schulden bereits in 15 statt 20 Jahren tilgt,
- die Auflösung der für wirtschaftliche Krisenzeiten gebildeten Konjunkturrücklage in Höhe der Steuermindereinnahmen in Folge des wirtschaftlichen Einbruchs,

- die Stärkung der Kontrolle der IFB Hamburg durch die Bürgerschaft und eine unabhängig besetzte Kreditkommission,
- keine Gewährung von Krediten und Bürgschaften für Unternehmen, die bereits vor der Covid-19-Pandemie in wirtschaftliche Schieflage geraten sind. Ebenso werden direkte oder indirekte Beteiligungen an diesen ausgeschlossen,
- die Finanzierung der zurzeit laufenden koalitionsbedingten Behördenumstrukturierungen aus dem Bestand,
- den Abbau nicht zwingend erforderlicher Bürokratie.